

Hallo. Ich grüße das Bahnhofsviertel und bedanke mich für die Einladung.

Seit mehr als 600 Jahren sind Rom*nja und Sinnt*izze Teil der europäischen Gesellschaft, seit mehreren Jahrhunderten sind sie auch hier in Frankfurt zu Hause. Mit über elf Millionen Menschen bilden sie die größte Minderheit des Kontinents. Länderübergreifend werden sie jedoch häufig nur als Randgruppe wahrgenommen und erleben Ressentiments, Diskriminierung und rassistische Übergriffe.

Während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft haben Rom*nja und Sinnt*izze unermessliches Leid erfahren - im Deutschen Reich, in den mit dem Hitler-Regime verbündeten Staaten, in den von den Nazis besetzten Ländern. Sie wurden entrechtet und ausgegrenzt, vom Schulunterricht ausgeschlossen, von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, zur Aufgabe ihrer Gewerbe gedrängt, mit Eheverboten belegt, zu Staatenlosen erklärt, vermessen und klassifiziert, festgenommen und eingesperrt, beraubt und enteignet, als Zwangsarbeiter*innen ausgebeutet. Sie wurden verschleppt, misshandelt, gewaltsam sterilisiert und schließlich planmäßig ermordet¹.

Das darf nie wieder passieren.

Und nie wieder ist jetzt.

Ethnische Minderheiten sind oft im Alltag unsichtbar. Wenn sie gesehen werden, dann mit den typischen Stereotypen. Hier im Bahnhofsviertel sind besonders viele Familien mit ihren Kindern untergebracht. In fragwürdigen Hotels und anderen Notunterkünften. Das Bahnhofsviertel beherbergt knapp 4000 Bewohner*innen. 66 Prozent haben eine Migrationsgeschichte. Sinti und Roma sind Teil dieser Stadt. Seit ungefähr 10 Jahren sind wir - die Beratungsstelle des Fördervereins Roma - im Nika-Haus. Hier finden Rom*nja und Sint*izze einen Schutzraum. Hier kämpfen wir für Wohnraum, ein reguläres Einkommen, Bildung und medizinische Versorgung. Hier kämpfen wir für ein Bleiberecht, gesellschaftliche Teilhabe und Würde.

Über 3000 Anfragen pro Jahr nach Beratung und Unterstützung zeigen deutlich, dass die Zeiten für Rom*nja und Sint*izze eben noch nicht "besser" geworden sind. Die Hälfte unserer Klient*innen sind alleinerziehende Frauen. Mütter, deren Kinder manchmal nur hier im ComSpace einen Spielplatz haben. Unsere Minikita.

Doch leider halten rechtspopulistische Trends weiter an.

Besonders besorgniserregend ist, dass Vorurteile und Stereotypen gegenüber Migrant*innen nicht nur von rechtsgerichteten Gruppierungen, sondern auch von Mitte-Links-Parteien aufgegriffen und verbreitet werden. Diese Parteien bedienen sich ebenso rechtspopulistischer Rhetorik, um Wähler*innenstimmen zu gewinnen. In diesem Kontext hat sich die Abschiebung von Migrant*innen als Mittel etabliert, um vermeintliche politische Unterstützung zu generieren.²

Wir lehnen Abschiebungen ab.

¹ [Der Bundespräsident](#)

² [Der Spiegel Ausgabe Nr. 43/20.10.23](#)

Studien haben alarmierende Ergebnisse über rechtsextreme und demokratiegefährdender Einstellungen in Deutschland veröffentlicht (*Mitte-Studie 2023*³ der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen ist deutlich gestiegen und sozialdarwinistische Ansichten, wie die Bewertung von "wertem und unwertem Leben", finden zunehmend Akzeptanz. Die Studien zeigen auch, dass rassistische, antisemitische und antiziganistische Sichtweisen zugenommen haben. Besorgniserregend ist außerdem, dass jede*r Zehnte gegenüber verschiedenen Minderheiten in der Gesellschaft feindselig eingestellt ist. Fast ein Drittel der Befragten halten Roma und Sinti für kriminell.⁴

Um Antiziganismus entgegenzuwirken, hat die Beratungsstelle die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Frankfurt eingerichtet. Kurz: MIA.

Wir dokumentieren und analysieren antiziganistische Vorfälle, die uns die Betroffenen selbst oder Zeug*innen der Vorfälle melden.

Unserer Solidarität steht der Rechtspopulismus hart entgegen.

Erst vor einigen Monaten fand das Jahr 2023 seinen Abschluss im Zusammenkommen mit Mitgliedern der in Teilen gesichert rechtsextremen AfD-Partei sowie weiteren rechten Akteur*innen und Vertreter*innen aus dem Wirtschaftssektor. Ziel dieses Treffens war die Planung und Skizzierung bundesweiter Remigration in Verbindung mit Deportationen sowohl von Asylsuchenden und Migrant*innen als auch von deutschen Staatsbürger*innen mit Migrationsgeschichte.⁵

Wir als Förderverein Roma e.V. möchten darauf aufmerksam machen, dass der Kampf gegen Antiziganismus, Antisemitismus und alle anderen Formen der Diskriminierung nicht nur eine historische Verantwortung ist, sondern auch eine aktuelle Notwendigkeit.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Gesellschaft, politische Entscheidungsträger*innen und Institutionen ihre Anstrengungen verstärken, um eine inklusive Umgebung zu schaffen. Dies erfordert nicht nur die Überprüfung von Gesetzen und Richtlinien, sondern auch eine kulturelle Veränderung, bei der Stereotypen und Vorurteile aktiv hinterfragt und bekämpft werden.

Roma und Sinti haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ohne Angst vor Diskriminierung. Wir leisten unseren Beitrag dazu, das Bewusstsein für die spezifischen Herausforderungen dieser Gemeinschaften zu schärfen und dazu beizutragen, dass die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Antiziganismus in Deutschland und darüber hinaus nachhaltig zu überwinden. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir eine Zukunft gestalten, in der Vielfalt als Bereicherung betrachtet wird und jede Gemeinschaft die Anerkennung und Würdigung erfährt, die sie verdient.

Solidarität mit dem Bahnhofsviertel. Herzlichen Dank.

³ [Mitte-Studie 2023 Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

⁴ [Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 28.09.2023](#)

⁵ [Correctiv Geheimplan gegen Deutschland](#)